Inhalt

Vorwort iii

§ 1 Einleitung 1

A. Das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung und das Forschungsprojekt I-LOV 1

I. Forschung für die zivile Sicherheit 1

II. Das Projekt I-LOV 2

B. Gegenstand und Gang der Untersuchung 4

1. Kapitel: Neue technische Entwicklungen 9

§ 2 Ortungstechnologien 13

A. Die Handyortung 13

I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten 13

II. Technische Funktionsweise 13

B. Der Ortungsroboter 16

I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten 16

II. Technische Funktionsweise 16

III. Der Prototyp des Ortungsroboters 18

C. Die Radarortung 19

I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten 19

II. Technische Funktionsweise 20

D. Die Ortungssonde 21

I. Forschungsziele und Einsatzmöglichkeiten 21

II. Technische Funktionsweise 22

§ 3 Einsatzunterstützende Systeme 25

A. Das SOP-gestützte Informationssystem SOPHIE 25

B. Die Bauteilüberwachung 26

2. Kapitel: Rechtlicher Rahmen für den Einsatz neuer Technologien zur Rettung Verschütteter durch Feuerwehr und THW 29

§ 4 Grundlagen 31

A. Die kommunalen Feuerwehren und das THW: Organisation und Aufgaben 31

I. Die Feuerwehren 31

1. Aufgaben und Arten der kommunalen Feuerwehren . . . 31

2. Zur Rechtsstellung der Angehörigen der öffentlichen Feuerwehren 33

a. Berufsfeuerwehr 33

b. Freiwillige Feuerwehr 33

II. Das Technische Hilfswerk 34

1. Organisation und Aufgaben des THW 34

2. Zur Rechtsstellung der THW-Helfer 35

B. Verfassungsrechtliche Fragen zur Zusammenarbeit von Feuerwehr und THW 36

I. Die grundgesetzliche Zuständigkeitsverteilung für die Katastrophen- und Unglücksbekämpfung 36

1. Gesetzgebungskompetenzen 36

a. Übersicht über die Kompetenzverteilung 37

b. Bundeskompetenz aus Art. 35 GG? 37

c. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenz des Bundes 38

2. Verwaltungskompetenzen 41

3. Exkurs: Verfassungsmäßigkeit der umfangreichen Katastrophenhilfe des Bundes? 42

II. Das THW als zulässige Bundesverwaltung? 44

III. Der Einsatz des THW: zulässige Bund-Länder-Kooperation oder unzulässige Mischverwaltung? 46

C. Einfach-rechtliche Regelungen zur Unglücks- und Katastrophenbekämpfung 49

I. Normbefund im einfachen Recht 49

1. Die Polizeigesetze der Länder 49

2. Die Feuerwehrgesetze der Länder 49

3. Die Katastrophenschutzgesetze der Länder 51

II. Begriffsklärungen 52
1. Der Begriff der Katastrophe 53
a. Definition 53
b. Ähnliche Begriffe 54
2. Sonstiger Unglücksfall 55

§ 5 Der Einsatz von Ortungstechnologien durch die Feuerwehr 57

A. Der Einsatz im einfachen Unglücksfall 57
I. Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage 57
1. Handyortung 57
a. Grundrechtlich geschützte Positionen von Mobilfunknetzbetreibern 58
aa. Art. 14 GG 58
(1) Schutzbereich 59
(2) Frequenzzuteilung als vermögenswerte Rechtsposition? 61
(3) Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb als von Art. 14 GG geschütztes Recht? 62
bb. Art. 12 GG 64
(1) Schutzbereich 64
(2) Eingriff in den Schutzbereich 64
b. Grundrechtlich geschützte Positionen netzunabhängiger Mobilfunkdiensteanbieter 66
aa. Art. 14 GG 67
bb. Art. 12 GG 68
c. Grundrechtlich geschützte Positionen nicht verschütteter Personen, die sich im Bereich des Störsenders und der mobilen Basisstation aufhalten . . 68
aa. Art. 10 GG 69
(1) Schutzbereich 69
(2) Ermittlung der IMSI als Eingriff in den Schutzbereich? 69
(3) Verhinderung einer Telekommunikation als Eingriff in den Schutzbereich? 70
bb. Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG 70
cc. Art. 2 Abs. 1 GG 71

dd. Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG 71
d. Grundrechtlich geschützte Positionen Verschütteter . . 73
e. Zwischenergebnis 74
2. Radarortung 75
3. Roboter und Ortungssonde 75
II. Ermächtigungsgrundlage für die Ortung von Mobilfunktelefonen zur Rettung Verschütteter 76
1. Ermächtigungsgrundlage aus dem TKG? 76
2. Ermächtigungsgrundlage aus dem Gefahrenabwehrrecht der Länder 77
a. Spezialbefugnis 77
b. Generalklausel 78
aa. Normbefund in den Landesgesetzen 78
(1) Generalklausel in den Feuerwehrgesetzen . . . 78
(2) Rückgriff auf das allgemeine Sicherheits- und Ordnungsrecht? 78
(a) Meinungsstand in der Literatur. 79
(b) Feuerwehr als (besondere) Ordnungsbehörde? 80
(c) Die Rechtslage in Baden-Württemberg. . . 82
bb. Generalklausel als taugliche Ermächtigungsgrundlage 82
(1) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie 83
(2) Verhältnismäßigkeit der Handyortung 83
3. Zwischenfazit. 83
III. Die Entscheidung über den Einsatz von Ortungstechnologien 84
1. Ermessensentscheidung. 84
2. Ermessenslenkung durch die vfdb-Richtlinie? 86
3. Pflicht zum Einsatz von Ortungstechnologien? 88
a. Der Einfluss grundrechtlicher Schutzpflichten auf die Ermessensentscheidung 88
b. Tatsächliche Grenzen des Technikeinsatzes 89

B. Der Einsatz im Katastrophenfall 91
I. Die Einbindung der Feuerwehren in den Katastrophenschutz 92
1. Gesetzliche Regelungen und Aufgaben der Feuerwehr im Katastrophenschutz 92
2. Weisungsrecht der Katastrophenschutzbehörde 93
II. Maßgebendes Recht 94
1. Das Verhältnis des Katastrophenschutzrechts zum Feuerwehrrecht 94
2. Eingriffsbefugnisse der Einsatzkräfte 95

§ 6 Der Einsatz von Ortungstechnologien durch das THW . . . 99

A. Der Einsatz im einfachen Unglücksfall 99
I. Organisationsrechtliche Qualifizierung der Tätigkeit des THW. 99
1. Der Einsatz des THW in der Praxis 100
2. Tätigkeit des THW als Amtshilfe? 101
a. Erfüllung von Merkmalen der Amtshilfe 103
aa. Auf Ersuchen geleistete ergänzende Hilfe 103
bb. Zwischen Behörden 104
cc. Nicht innerhalb bestehender Weisungsverhältnisse 104
dd. Keine eigene Aufgabe der ersuchten Behörde . . .105
b. Gegenargumente 106
aa. § 1 Abs. 4 THW-G 106
bb. Fehlende Zuständigkeit des THW für die ersuchte Handlung 107
cc. Keine Aufteilung in zwei Verwaltungsverfahren . .108
c. Zwischenergebnis 108
3. Tätigkeit des THW als Mandat? 108
4. Tätigkeit des THW als Organleihe? 110
5. Ergebnis: Tätigkeit des THW als besondere Form einer Organleihe 111
II. Maßgebendes Recht 112
1. Anwendung der jeweils einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften 113
2. Zulässigkeit des Vollzugs von Landesrecht durch die Bundesbehörde THW. 114

3. Eingriffsbefugnisse der THW-Helfer 115

B. Der Einsatz im Katastrophenfall 118

I. Die Einbindung des THW in den Katastrophenschutz der Länder 118

II. Maßgebendes Recht und Eingriffsbefugnisse 119

3. Kapitel: Haftungsfragen beim Einsatz von Ortungstechnologien und bei der Verwendung einsatzunterstützender Systeme durch Feuerwehr und THW 121

§ 7 Haftung für Schäden von Unglücksopfern 125

A. Ansprüche auf Schadensersatz 125

I. Haftung aus verwaltungsrechtlichem Schuldverhältnis 125

1. Haftung für Pflichtverletzungen in einem verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnis? 126

a. Merkmale eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 127

b. Rettungseinsatz als verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis? 128

2. Haftung aus Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)? . . .131

a. Überblick über die Rechtsprechung zur GoA im Öffentlichen Recht 132

aa. Grundzüge der Rechtsprechung 133

bb. BGHZ 63, 167 – Tankwagen 133

b. Kritische Würdigung 135

aa. Grundsätzliche Bedenken zur (analogen) Anwendung der GoA-Vorschriften im Öffentlichen Recht 136

(1) Kompetenzordnung 137

(2) Vorbehalt des Gesetzes 138

(3) Spezielle Regelungen im Öffentlichen Recht . .138

bb. Tatbestandsvoraussetzungen der GoA im Fall des Feuerwehreinsatzes 140

(1) Fremdes Geschäft 140

(2) Fremdgeschäftsführungswillen 141

(3) Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung . . .142

(4) Interesse und Wille des Geschäftsherrn 142

cc. Folgefragen bei Annahme einer GoA 143
(1) Haftungsmaßstab des § 680 BGB 143
(2) Bemerkungen zur Anspruchskonkurrenz von Amtshaftung und GoA 144
c. Ergebnis 145
II. Amtshaftungsansprüche 145
1. Vorbemerkung: Ausübung eines öffentlichen Amtes durch die Einsatzkräfte von Feuerwehr und THW 145
a. THW-Helfer 146
b. Angehörige der Feuerwehren 146
aa. Berufsfeuerwehren 147
bb. Freiwillige Feuerwehren 147
(1) Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren als Beliehene oder Verwaltungshelfer? 147
(2) Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren als Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis eigener Art stehen 150
2. Fallgruppenbildung und –analyse 151
a. Konstellation 1: Amtshaftung bei menschlichem Fehlverhalten 151
aa. Szenario: Fehlerhafte Entscheidung bezüglich des Technikeinsatzes 151
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur fehlerfreien Ermessensausübung . .152
(a) Allgemeine Anforderungen an eine ermessensfehlerfreie Entscheidung 153
(b) Spezielle Kriterien bei der Wahl der Ortungstechnologien 153
(2) Drittbezogenheit 156
(3) Verschulden 156
(a) Verschuldensmaßstab 157
(b) Darlegungs- und Beweislast 158
(c) Möglichkeiten zur Reduzierung schuldhafter Ermessensfehlentscheidungen 159
(4) Kausalität 161
(a) Ursächlichkeit der Amtspflichtverletzung für den Schaden 161

(b) Darlegungs- und Beweislast 161
bb. Szenario: Bedienungsfehler 162
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur wirkungsvollen Hilfeleistung 163
(2) Drittbezogenheit 164
(3) Verschulden 165
(4) Kausalität 166
cc. Zwischenfazit: Verhaltenshinweise 166
b. Konstellation 2: Amtshaftung bei Einsatz fehlerhafter Technik 167
aa. Szenario: Organisationsfehler 167
(1) Amtspflichtverletzung: Verletzung der Pflicht zur Unterlassung unerlaubter Handlungen 168
(2) Drittbezogenheit 169
(3) Verschulden 169
(a) Organisationsverschulden 169
(b) Darlegungs- und Beweislast 169
(c) Ausschluss eines Organisationsverschuldens 170
(4) Kausalität 171
bb. Szenario: Nicht erkennbarer Produktfehler 171
cc. Zwischenfazit: Sorgfaltsanforderungen 172
c. Exkurs: Konstellation 3: Amtshaftung bei Schadensverursachung durch ein autonom handelndes System 172
aa. Einführung in die Thematik 173
bb. Haftungslücken im geltenden Recht? 174
(1) Forderungen in der Literatur 174
(2) Kritische Würdigung 175
(a) Deliktische Haftung bei Schadensverursachung durch ein autonom handelndes System 175
(b) Fazit 176
cc. Ergebnis 177
3. Haftungssubjekt 178
a. Passivlegitimation im einfachen Unglücksfall 178
aa. Fehlverhalten eines Angehörigen der Feuerwehr . .178
(1) Funktionstheorie 178

(2) Anstellungstheorie 179
(3) Amtsübertragungs- oder Anvertrauenstheorie 179
(4) Ergebnis 180
bb. Fehlverhalten eines THW-Helfers 180
(1) Subsumtion unter die verschiedenen Theorien 180
(2) Passivlegitimation in Fällen der Organleihe . .181
(3) Bestimmung der Passivlegitimation beim Einsatz des THW 184
b. Passivlegitimation im Katastrophenfall. 186
aa. Fehlverhalten eines Angehörigen der Feuerwehr . .187
bb. Fehlverhalten eines THW-Helfers 188
4. Regress des Staates bei der Einsatzkraft 188
a. Der Rückgriff bei Beamten. 189
b. Der Rückgriff bei sonstigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren 189
c. Der Rückgriff bei THW-Helfern 190
5. Haftungsbegrenzungen und Rechtsweg 191

B. Ansprüche auf Entschädigung 192
I. Grundlagen der Aufopferungshaftung 192
1. Der allgemeine Aufopferungsgedanke 192
2. Anwendungsbereich des Aufopferungsanspruchs 193
3. Der Umfang des Ausgleichsanspruchs 195
a. Unterschied zwischen Schadensersatz und Entschädigung 195
b. Der Umfang des Aufopferungsanspruchs bei rechtswidrigen staatlichen Maßnahmen 196
II. Aufopferungsansprüche der Unglücksopfer 197
1. Keine Entschädigung bei rechtmäßigen Maßnahmen zum Schutz des Unglücksopfers 198
2. Entschädigung bei rechtswidrigen Maßnahmen. 200
a. Sonderopfer 201
b. Haftungsausschluss bei Maßnahmen zum Schutz des Opfers? 201

§ 8 Haftung für Schäden von Dritten 203

A. Allgemeine Grundsätze 203
I. Ansprüche auf Schadensersatz 203
II. Ansprüche auf Entschädigung 204

B. Ansprüche von Netzbetreibern 205
I. Schadensersatz 205
II. Entschädigung 206
1. Fachgesetzliche Entschädigungsregelungen 207
a. TKG 207
b. Gefahrenabwehrrecht 207
aa. Regelungen in den LKatSG 208
(1) Entschädigungen für Helfer und für in Anspruch genommene Personen 208
(2) Entschädigungen für unbeteiligte Dritte 209
(a) Normbefund 209
(b) Sonderopfer der Netzbetreiber 210
(3) Analoge Anwendung der für in Anspruch genommene Personen vorhandenen Entschädigungsregelungen 212
bb. Regelungen in den FwG 212
cc. Regelungen in den PolG 214
2. Allgemeines Staatshaftungsrecht 215
a. Anspruch aus enteignendem Eingriff bzw. enteignungsgleichem Eingriff 215
b. Anspruch aus Aufopferung 216
aa. Aufopferungsanspruch bei Beeinträchtigung der Berufsfreiheit 216
bb. Sonderopfer 217
3. Ergebnis 217

C. Ansprüche von Mobilfunkdiensteanbietern 218

D. Ansprüche von Handynutzern 219

§ 9 Haftung für Schäden von Rettungskräften 221

A. Gesetzliche Unfallversicherung bzw. Unfallfürsorge 222
I. Angestellte und ehrenamtliche Helfer 222
1. Versicherung in der gesetzlichen Unfallversicherung . . .222
2. Arbeitsunfall gemäß § 8 SGB VII 222

3. Umfang der Versicherung, §§ 26 ff. SGB VII 223
a. Gesundheitsschäden 223
b. Sachschäden 223
c. Sonstige Schäden 224
4. Haftungsbeschränkungen, §§ 104 ff. SGB VII 224
5. Unfallversicherungsträger 225
II. Beamte 225
1. Gesetzgebungskompetenz für die Beamtenversorgung . .225
2. Dienstunfall gemäß § 31 BeamtVG 226
3. Umfang der Unfallfürsorge 226

B. Exkurs: Sonstige versicherungsrechtliche Ansprüche 227

C. Ansprüche aus Aufopferung 227

Zusammenfassung und Ergebnisse 229

Literaturverzeichnis 242